

02. November 2006

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEKONFERENZ 2. NOVEMBER 2006 EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen und über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident des ECOFIN-Rats, Herr Heinäluoma, und Kommissar Almunia teilgenommen haben.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse haben wir auf der heutigen Sitzung beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die seit unserer letzten Sitzung verfügbar gewordenen Informationen haben die Überlegungen, die unserem Zinserhöhungsbeschluss vom Oktober zugrunde lagen, weiter untermauert. Sie bestätigten auch, dass weiterhin große Wachsamkeit vonnöten ist, um zu gewährleisten, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht. Angesichts der nach wie vor niedrigen Leitzinsen, des dynamischen Geldmengen- und Kreditwachstums und der nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlichen Liquiditätsausstattung bleibt unsere Geldpolitik akkommodierend. Wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario weiterhin bestätigen, bleibt eine weitere Rücknahme der akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung geboten. In der Tat ist ein entschlossenes und rechtzeitiges Handeln weiterhin von entscheidender Bedeutung, um die Preisstabilität auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Wie zu vorherigen Anlässen bereits mehrfach betont, ist dies eine Voraussetzung dafür, dass die Geldpolitik auch in Zukunft ihren Beitrag zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum leisten kann.

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation, Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 69 1344 8304, Fax: +49 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Gestatten Sie mir, unsere Einschätzung näher zu erläutern und zunächst auf die **wirtschaftliche Analyse** einzugehen.

Die zweite Schätzung von Eurostat bestätigte, dass das reale BIP im Euro-Währungsgebiet im zweiten Quartal 2006 gegenüber dem Vorquartal um 0,9 % gewachsen ist, nachdem die Rate im ersten Quartal 0,8 % betragen hatte. Berücksichtigt man die üblichen Schwankungen der vierteljährlichen Wachstumsraten, so ist die Wirtschaftstätigkeit in den vier Quartalen bis Mitte 2006 mit einer durchschnittlichen Rate von 0,7 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen und damit schneller als vor einem Jahr allgemein erwartet. Auf der Grundlage verschiedener monatlicher Konjunkturindikatoren und Stimmungsumfragen, die bis Oktober vorliegen, ist zu erwarten, dass die Dynamik der wirtschaftlichen Expansion in der zweiten Jahreshälfte andauern wird. Ferner ist die Arbeitslosenquote zurückgegangen, das Beschäftigungswachstum hat sich erholt, und die Beschäftigungserwartungen bleiben günstig. Insgesamt wird die Einschätzung, dass die Erholung breiter angelegt und stärker selbsttragend ist, durch die aktuellen Daten weiterhin gestützt, auch wenn die Möglichkeit besteht, dass das reale BIP im Vorquartalsvergleich in der zweiten Hälfte dieses Jahres in etwas langsamerem Tempo als in den ersten sechs Monaten wachsen wird.

Auf längere Sicht sind für die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet nach wie vor die Voraussetzungen für ein solides Wachstum mit in etwa dem Potenzialwachstum entsprechenden Raten gegeben, obgleich sich um das Jahresende herum gewisse Schwankungen der vierteljährlichen Wachstumsraten herausbilden dürften, was hauptsächlich auf die Auswirkungen der Anhebung indirekter Steuern in einem großen Land des Euroraums im Januar 2007 zurückzuführen ist. Die weltweite Wirtschaftstätigkeit ist inzwischen ausgewogener über die verschiedenen Regionen verteilt und bleibt robust, wodurch die Exporte des Euro-Währungsgebiets weiterhin gestützt werden. Die Investitionstätigkeit dürfte dynamisch bleiben und von einer längeren Phase sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, von Bilanzrestrukturierungen, akkumulierten und anhaltend kräftigen Erträgen sowie Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene profitieren. Vor dem Hintergrund sich weiter verbessernder Beschäftigungsbedingungen sollte sich im Zeitverlauf auch das Wachstum der Konsumausgaben im Euroraum im Einklang mit der Entwicklung des real verfügbaren Einkommens weiter verstärken.

Die Risiken für die wirtschaftlichen Aussichten halten sich auf kürzere Sicht weitgehend die Waage, vor allem dann, wenn man einerseits die in letzter Zeit eingetretene Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten und andererseits den jüngsten Rückgang der Ölpreise betrachtet. Sollte sich dieser als anhaltend erweisen, könnte er zu einem etwas stärkeren Nachfrage- und Produktionswachstum führen, als in unserem derzeitigen Basisszenario für die Wirtschaftstätigkeit in den kommenden Quartalen angenommen wird. Auf längere Sicht ist das Wachstum weiterhin

European Central Bank:

Press Division

Kaiserstrasse 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: 0049 69 1344 7455, Fax: 0049 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Reproduction is permitted provided that the source is acknowledged

Abwärtsrisiken ausgesetzt; diese bestehen vornehmlich in der Möglichkeit eines erneuten Anstiegs der Ölpreise, Ängsten vor verstärktem protektionistischem Druck, insbesondere nach der Aussetzung der Handelsgespräche im Rahmen der Doha-Runde, und in möglichen Fehlentwicklungen aufgrund weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die am HVPI gemessene jährliche Teuerung der Vorausschätzung von Eurostat zufolge bei 1,6 % im Oktober, nachdem sie von 2,3 % im August auf 1,7 % im September zurückgegangen war. Die kürzlich beobachtete Abnahme der Inflation ist insgesamt auf günstige Basiseffekte zurückzuführen, insbesondere auf die jüngste deutliche Verringerung der Ölpreise nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr. Die zukünftige Entwicklung der Energiepreise bleibt zwar mit Unsicherheiten behaftet, auf der Grundlage der derzeitigen Energiepreise und der höheren Notierungen an den Terminmärkten aber dürften die Inflationsraten in den nächsten Monaten und Anfang 2007 wieder ansteigen. Infolgedessen erwarten wir starke kurzfristige Schwankungen der jährlichen HVPI-Inflationsrate. Lässt man diese Schwankungen jedoch außer Acht, wird die HVPI-Inflationsrate 2006 und voraussichtlich auch 2007 auf einem erhöhten Niveau von durchschnittlich über 2 % bleiben.

Die Aussichten für die Preisstabilität bleiben mit deutlichen Aufwärtsrisiken behaftet. Hierzu zählen weiterhin ein stärker als derzeit erwartetes Durchschlagen vergangener Ölpreissteigerungen auf die Verbraucherpreise und zusätzliche Erhöhungen der administrierten Preise und indirekten Steuern, die über die bisher angekündigten Anhebungen hinausgehen. Zudem können erneut steigende Ölpreise nicht ausgeschlossen werden. Von grundsätzlicherer Bedeutung ist, dass angesichts der in den vergangenen Quartalen günstigen Dynamik des realen BIP-Wachstums und der anhaltenden Aufhellung an den Arbeitsmärkten ein stärker als gegenwärtig angenommener Anstieg der Löhne ein deutliches Aufwärtsrisiko für die Preisstabilität darstellt. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Sozialpartner insbesondere in einem wirtschafts- und beschäftigungsfreundlicheren Umfeld weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden.

Die **monetäre Analyse** deutet weiterhin auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Das jährliche M3-Wachstum beschleunigte sich – nachdem es im August auf 8,2 % gestiegen war – im September erneut und erreichte 8,5 %. Obwohl die Jahreswachstumsrate von M1 in den letzten Monaten etwas moderater ausfiel, was angesichts steigender Zinssätze eine Verlagerung auf Instrumente mit stärker marktbezogenen Renditen widerspiegelt, wurde diese Entwicklung durch die kräftigere Expansion der übrigen Komponenten von M3 mehr als ausgeglichen.

Allgemeiner gesprochen bleibt angesichts des noch immer niedrigen Zinsniveaus im Eurogebiet und infolge der anziehenden Konjunktur das Geldmengen- und Kreditwachstum kräftig. So verzeichnet

European Central Bank:

Press Division

Kaiserstrasse 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: 0049 69 1344 7455, Fax: 0049 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Reproduction is permitted provided that the source is acknowledged

insbesondere die Kreditvergabe an den privaten Sektor gegenüber dem Vorjahr weiterhin zweistellige Wachstumsraten. Dieser dynamische Anstieg ist bei den privaten Haushalten und bei den Unternehmen unverändert breit angelegt. Das Wachstum der Kreditaufnahme der privaten Haushalte deutet zwar - wenn auch auf sehr hohem Niveau - auf eine gewisse Stabilisierung hin, doch tendiert die Zunahme der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ungebrochen nach oben. Sie hat inzwischen auf Jahresbasis mehr als 12 % und damit die höchste Wachstumsrate seit Anfang der Neunzigerjahre erreicht. Die Betrachtung der Gegenposten von M3 zeigt somit, dass die wachsende Kreditvergabe an den privaten Sektor die Haupttriebfeder der monetären Expansion bleibt.

Aus einer angemessenen mittelfristigen Perspektive betrachtet stehen die jüngsten Entwicklungen im Einklang mit einer Fortsetzung des seit Mitte 2004 im Rahmen der monetären Analyse der EZB identifizierten nachhaltigen Aufwärtstrends der Grundtendenz der monetären Dynamik. Darüber hinaus ist nach mehreren Jahren robusten Geldmengenwachstums nach Maßgabe aller relevanten Messgrößen reichlich Liquidität im Euro-Währungsgebiet vorhanden. Ein anhaltend kräftiges Geldmengen- und Kreditwachstum bei großzügiger Liquiditätsausstattung deutet auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht hin. Die monetäre Entwicklung muss daher – insbesondere vor dem Hintergrund der verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen und der kräftigen Dynamik an den Immobilienmärkten in vielen Teilen des Euroraums – weiterhin sehr sorgfältig beobachtet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für 2006 und 2007 weiterhin erhöhte jährliche Inflationsraten projiziert werden, wobei diese Aussichten nach wie vor mit deutlichen Aufwärtsrisiken behaftet sind. In Anbetracht des weiterhin sehr dynamischen Geldmengenwachstums bei einer bereits reichlichen Liquiditätsausstattung bestätigt eine **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse die Einschätzung, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht überwiegen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Wenn sich unsere Annahmen und unser Basisszenario weiterhin bestätigen, bleibt eine weitere Rücknahme der akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung geboten. Entschlossenes und zeitgerechtes Handeln ist nach wie vor wichtig, um Preisstabilität auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Daher wird der EZB-Rat die weitere Entwicklung mit großer Wachsamkeit verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so haben die Euro-Länder der Europäischen Kommission kürzlich ihre Angaben zu Defizit und Schuldenstand für das Jahr 2005 vorgelegt, und die meisten von ihnen haben über die Entwicklung im Jahr 2006 und ihre Haushaltspläne für 2007 berichtet. Diese Informationen deuten zwar insgesamt auf eine weitere, wenn auch langsame Besserung der Haushaltssalden hin, doch besteht kein Anlass zur Sorglosigkeit. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Vorgaben des

European Central Bank:

Press Division

Kaiserstrasse 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: 0049 69 1344 7455, Fax: 0049 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Reproduction is permitted provided that the source is acknowledged

geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakts in allen Euro-Ländern erfüllt werden. Beim gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung müssen die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben und prozyklische Maßnahmen vermieden werden. Das würde das Vertrauen der Marktteilnehmer und der Öffentlichkeit stärken. In diesem Sinne sollten unerwartete Mehreinnahmen, die sich aufgrund des überraschend kräftigen Wachstums ergeben, veranschlagt und vollständig dazu verwendet werden, die Defizite in konjunkturarken Phasen schneller zurückzuführen bzw. die Überschüsse zu erhöhen. Die Aussichten für die Erzielung solider Haushaltspositionen hellen sich auf, wenn die Konsolidierungspläne auf der glaubwürdigen Verpflichtung zur Rückführung der Ausgabenquoten und verbesserten Mechanismen zur Ausgabenkontrolle beruhen. Überdies ist die bereits früher geäußerte Forderung nach qualitativ hochwertigen Statistiken und soliden statistischen Meldeverfahren zu wiederholen, die bei der Vermeidung und Korrektur von Haushaltsungleichgewichten eine Schlüsselrolle spielen.

Was die **Strukturreformen** betrifft, so betonte der EZB-Rat, wie wichtig die Schaffung eines voll funktionsfähigen Binnenmarkts sowie flexibler Güter- und Arbeitsmärkte sei, um die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft des Euroraums und deren Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks zu verbessern. Eine Liberalisierung der Gütermärkte, die eine Steigerung des Wettbewerbs ermöglichen würde, würde die Investitions- und Innovationsanreize für Unternehmen verbessern und dadurch das Produktivitätswachstum erhöhen. Die Beseitigung von Rigiditäten an den Arbeitsmärkten und von Störungen bei der Lohn- und Preisbildung ist eine Hauptvoraussetzung für die Förderung homogener Trends bei der Preis- und Kostenwettbewerbsfähigkeit zwischen den Euro-Ländern sowie für die Schaffung eines nachhaltigen Produktions- und Beschäftigungswachstums. Insbesondere sollten die Lohnzuwächse in der Regel vom Trend des Arbeitsproduktivitätswachstums geleitet werden; hierbei ist dem gegenwärtigen Niveau der Lohnstückkosten vollständig Rechnung zu tragen, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten oder wiederherzustellen. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass bei den Tarifabschlüssen von automatischen rückwärtsgerichteten Indexierungsmechanismen abgerückt wird. Die erfolgreiche Umsetzung von Reformen, die auf eine Beseitigung von Rigiditäten und Ineffizienzen in den Euro-Ländern abzielt, würde das Potenzialwachstum und die Beschäftigungsaussichten erhöhen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

European Central Bank:

Press Division

Kaiserstrasse 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: 0049 69 1344 7455, Fax: 0049 69 1344 7404

Internet: <http://www.ecb.int>

Reproduction is permitted provided that the source is acknowledged